

Was die Linken wirklich wollen

Die Politik von SPD, Grünen und PDS

SYNOPSIS

- | | | | |
|---|---|--|----|
| ● Stichwort: Wehrpflicht | 2 | ● Stichwort: Energie | 9 |
| ● Stichwort: Organisierte
Kriminalität | 3 | ● Stichwort: Familie | 10 |
| ● Stichwort:
Wirtschaftsordnung | 4 | ● Stichw.: Staatsbürgerschaft | 11 |
| ● Stichwort: Abschiebung | 5 | ● Stichwort: Transrapid | 12 |
| ● Stichwort: Steuern | 6 | ● Stichwort:
Ausbildungsplatzabgabe | 13 |
| ● Stichwort: Rente | 7 | ● Stichwort: Vermögenssteuer | 14 |
| ● Stichwort: Bildung | 8 | ● Stichwort: Drogen | 15 |
| | | ● Stichwort: Kriminalität | 16 |

Stichwort: Wehrpflicht

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD vermeidet eine eindeutige Position:</p> <p>„Die Wehrpflicht darf einer Verringerung der Bundeswehrstärke nicht im Wege stehen. Wenn neue Entwicklungen es erfordern, kommt eine weitere Verkürzung oder Aussetzung in Betracht.“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Bündnis 90 /Die Grünen setzen sich für die Abschaffung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes ein. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen sie ab und bekunden statt dessen ihre Solidarität mit allen, „die Zwangsdienste verweigern und sich gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr wehren“.</p> <p>„Die langfristig angelegte antimilitaristische Strategie von Bündnis 90/Die Grünen zielt darauf ab, Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen.“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>„Die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste lehnen wir ab.“</p> <p>Die PDS versteht sich selbst als „...antimilitaristische und konsequente Antikriegspartei“.</p> <p>NATO und WEU sind für die PDS ein Produkt des „kalten Krieges“ und sie hält „...ihre Auflösung parallel zum Aufbau kollektiver und nichtmilitärischer Sicherheitsstrukturen für zeitgemäß“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm).</p>

Die CDU dagegen beantwortet die Frage nach der allgemeinen Wehrpflicht mit einem klaren Ja. Wir werden die Voraussetzungen für eine moderne und leistungsfähige Bundeswehr weiter sicherstellen. Der Friedensauftrag der Bundeswehr von 340.000 Soldaten und die ausgewogene Mischung von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten entsprechen den sicherheitspolitischen Anforderungen von heute und morgen. An der Wehrpflicht halten wir fest.

Wir wollen die NATO als Garanten für Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa. Zur NATO gibt es keine Alternative. Die NATO muß für weitere Kandidaten offen sein. Mit der CDU und CSU wird es keine Schwächung oder schrittweise Auflösung der NATO nach dem Modell von Rot-Grün geben.

Stichwort: Organisierte Kriminalität

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD stimmte geschlossen mit Grünen und PDS im Bundestag für die Aufweichung des Gesetzes zur akustischen Wohnraumüberwachung („Lauschangriff“).</p> <p>Wegen der SPD wurden nun mehr als 20 Berufsgruppen von der Möglichkeit der Überwachung von Gangsterwohnungen ausgenommen, darunter u. a. Hebammen und Apotheker, Journalisten und Wirtschaftsprüfer.</p>	<p>„Den ‚großen Lauschangriff‘ als Eingriff in die Grundrechte lehnen wir ab.“</p> <p>Die Grünen wollen die Geheimdienste, die einen nicht geringen Anteil an der Bekämpfung der organisierten Kriminalität haben, abschaffen: „Die Geheimdienste sind schrittweise aufzulösen.“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm 1998 von Bündnis 90/Die Grünen)</p>	<p>Die PDS ist „strikt gegen den großen Lauschangriff“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Gregor Gysi und Lothar Bisky vergleichen das rechtmäßige Abhören von Gangsterwohnungen in einem Schreiben an Manfred Stolpe sogar mit dem DDR-Überwachungsstaat: „Sie und wir kommen aus der DDR, wir drei wissen, wohin es führt, wenn unter dem Deckmantel der Zweckmäßigkeit zur Erreichung eines bestimmten Zieles Bürgerrechte eingeschränkt werden.“(MdB-Pressedienst der PDS vom 3. 2. und 4. 2. 1998)</p> <p>Die PDS will die Geheimdienste abschaffen: „Geheimdienste bewegen sich stets am Rande oder außerhalb der Legalität, schüren Mißtrauen und verbrauchen enorme Steuermittel. ... Wir fordern ihre Abschaffung.“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>

Verbrecherwohnungen müssen wirksam abgehört und mit Videokameras zu Beweiszwecken überwacht werden können.

Die CDU ist die letzte Bastion im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Bei der akustischen Wohnraumüberwachung („Lauschangriff“) wollte die CDU zunächst keine Ausnahmen zulassen, war jedoch zu einem Kompromiß mit der SPD bereit, der die Berufsgruppen der Strafverteidiger, Geistlichen und Abgeordneten von der akustischen Wohnraumüberwachung ausnehmen sollte. Dies war die Grundlage für die notwendige Grundgesetzänderung. Durch das Abstimmungsverhalten von SPD, Grünen und PDS im Bundestag wurden die Ausnahmen nun in absurder Weise ausgedehnt. Durch diese unsinnige Regelung wird die Möglichkeit der Strafverfolgung von Verbrechen nicht optimal genutzt.

Stichwort: Wirtschaftsordnung

SPD	Grüne	PDS
<p>„Es ist die historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“</p> <p>Die Sozialdemokratie führt die Tradition der demokratischen Volksbewegungen des neunzehnten Jahrhunderts fort und will daher beides: Demokratie und Sozialismus...“</p> <p>(Grundsatzprogramm)</p>	<p>Ein Verbandsklagerecht soll eine Klagemöglichkeit gegenüber Großprojekten einräumen. Den Betriebsräten soll „ein erweitertes Informations- und Beteiligungsrecht eingeräumt werden“.</p> <p>Verbandsklagerecht für Gewerkschaften</p> <p>In den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften „sollen Verbraucher- und Umweltverbände Sitze erhalten“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS lehnt die Soziale Marktwirtschaft ab. Sie fordert „daß Wirtschafts-, Öko- und Sozialräte bzw. öffentliche Aufsichtsräte mit rechtlich verbindlichen Informationsansprüchen und Einflußmöglichkeiten auf Unternehmensentscheidungen eingerichtet werden“.</p> <p>Zur Zukunftsfähigkeit gehört für die PDS auch die „öffentlich-rechtliche Kontrolle der Großbanken und der Bundesbank“ sowie die „Demokratisierung der Medien“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>

Die CDU steht für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Markt und Wettbewerb sind zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung und ermöglichen Freiheit durch Dezentralisation von Macht.

Der moderne deutsche Sozialstaat ist das Werk der CDU: Alle großen Sozialgesetze der letzten 50 Jahre – zuletzt die Pflegeversicherung – wurden von der CDU entwickelt und durchgesetzt.

Wir wollen die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt, immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht und die Umwelt wirksam geschützt wird.

Stichwort: Abschiebung

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD macht sich dafür stark, die Aussetzung der Abschiebung von Ausländern zu erleichtern. Ein Beschluß (1251) des SPD-Bundesparteitages in Hannover vom 2.-4. 12. 1997 sagt:</p> <p>„Das Ausländerrecht ist dahin zu ändern, daß... auch in Einzelfällen eine Aussetzung der Abschiebung aus humanitären Gründen über die Fälle der §§ 51 bis 53 AuslG hinaus ermöglicht wird. Eine solche Ausnahmeregelung sollte ähnlich wie eine Gnadenentscheidung im Strafrecht ausgestaltet werden, um nicht den Ansatz für langwierige Gerichtsverfahren zu bilden. Auf diesem Weg könnten auch viele Fälle befriedigend gelöst werden, die sonst oft in Kirchenasyl münden, ohne daß eine solche Ausnahmeregelung unter Berufung auf den Asylkompromiß abgelehnt werden könnte.“</p> <p>Der SPD geht es also darum, Ausnahmeregelungen zu schaffen, die eine lasche Abschiebep Praxis ermöglichen und den gefundenen Asylkompromiß aushebeln können.</p>	<p>Die Grünen lehnen das geltende Asylrecht generell ab. Daraus ergibt sich auch die Position zur Abschiebung abgelehnter Asylbewerber: „Abschiebehaft verstößt gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Wir lehnen sie darum ab.“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Vielmehr sollen nach dem Willen der Grünen die Bundesländer für ganze Gruppen und die Gemeinden für Einzelfälle einen Abschiebestopp erlassen können.</p> <p>Weiter heißt es im Wahlprogramm: „Die Möglichkeit, einen Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz zu erlassen, muß voll ausgeschöpft werden.“</p>	<p>Die PDS leugnet im Zusammenhang mit der Abschiebung von Ausländern schlicht die Wirklichkeit und unterstellt, die Bundesregierung habe „mit der von ihr vorangetriebenen Kampagne zu ‚Asyl- und Sozialmißbrauch‘ und ‚Ausländerkriminalität‘ maßgeblich dazu beigetragen, daß eine Atmosphäre der Feindseligkeit“ gegenüber Ausländern entstanden sei.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm).</p> <p>Die PDS spricht nicht nur von „Abschiebungen in Mord und Terror“; sie behauptet daneben, die Abschiebep Praxis der Bundesregierung beispielsweise in die Türkei und nach Algerien sei „nicht nur schändlich und inhuman“, sondern sogar „blutig“</p> <p>(MdB-Pressedienst Ulla Jelpke, 2. 1. 98).</p>

Die CDU wird mit Entschiedenheit und Konsequenz gegen den Mißbrauch unseres Aufenthaltsrechts vorgehen. Wir werden nicht zulassen, daß SPD und Grüne das neue Asylrecht bei der Abschiebung unterlaufen. Politisch Verfolgte sollen weiter Schutz finden können. Das ist aber nur möglich, wenn wir Mißbrauch weiter konsequent unterbinden.

Wer unser Gastrecht mißbraucht, muß unser Land verlassen und wissen, daß er nicht wiederkommen darf. Gegen kriminelle Ausländer, die sich illegal oder kurzfristig in Deutschland befinden, werden wir konsequent vorgehen.

Stichwort: Steuern

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD will den Eingangssteuersatz von 25,9% auf 21,9% senken und den Spitzensteuersatz von 53% auf 49%.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Real werden die Steuern aber erhöht:</p> <p>Mit einer Ausbildungsplatzabgabe, der Mindeststeuer, der Vermögenssteuer und der Ökosteuer hat die SPD zusätzliche Steuern in ihrem Wahlprogramm.</p>	<p>Im Rahmen ihres Steuerreformkonzepts präsentieren die Grünen sechs neue Steuerbelastungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Vermögen, das vererbt oder verschenkt wird, soll höher besteuert werden ● eine Umsatzsteuer auf Devisengeschäfte ● Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1%) ● eine Abgabe für Vermögen über 2 Mio. DM von bis zu 2,5% ● neue Energiesteuern und eine höhere Mineralölsteuer (5,- DM pro Liter Benzin) ● Lehrlingssteuer (Ausbildungsplatzabgabe) 	<p>Die PDS will den totalen Abgabenstaat. Sie fordert, daß „der Spitzensteuersatz von 53 Prozent beibehalten“ wird. Zusätzlich will sie „auf Luxusgüter eine Verbrauchssteuer von 21 Prozent“, eine „Ausbildungsfinanzierung durch bundesweite Umlagenfinanzierung“. „Auf größere private Vermögen soll eine auf zehn Jahre verteilte Vermögensabgabe in Höhe von 2 Prozent pro Jahr erhoben werden.“</p> <p>Und die PDS hält „eine spezielle Besteuerung der Wirtschaftswerbung für erforderlich, um damit werbefreie Medien zu unterstützen“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>

Statt wie Rot-Grün wenigstens acht zusätzliche Steuern und Abgaben einführen zu wollen, hat die **CDU** ein modernes Steuerkonzept. Wir wollen die Steuersätze für alle senken, Ausnahmen beseitigen, Vorschriften vereinfachen und Bürger und Unternehmen um 30 Milliarden entlasten. Wir wollen den Spitzensteuersatz von 53% auf 39% und den Eingangssteuersatz von 25,9% auf 15% senken. Wir wollen den Bürgern mehr Geld in der Tasche belassen. Niedriger, einfacher, gerechter, das ist der Kern unserer Steuerreform.

Stichwort: Rente

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD verspricht eine „soziale Grundsicherung“, (Bundestagswahlprogramm) mit der im Bedarfsfalle die Rente erhöht wird. Walter Rießer, Kandidat in Schröders Schattenkabinett, definierte dies als eine vom Steuerzahler finanzierte Mindestrente, die bei unterhalb von 1.500 DM angesiedelt ist. (Spiegel, 4. 5. 1998)</p> <p>Die SPD will die Rentenreform zurücknehmen, die die Kosten der längeren Rentenbezugsdauer (früherer Renteneintritt, gestiegene Lebenserwartung) gerecht auf Jung und Alt verteilt und die Beitragsätze stabil hält.</p>	<p>Die Grünen wollen eine Nivellierung der Renten. „Konkret bedeutet dies, daß hohe Renten im Verhältnis schrittweise sinken müssen, um die Erhöhung niedriger Renten finanzieren zu können.“ (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS will die „Einführung einer Grundsicherung, die gegenwärtig 1.425,- DM pro Monat betragen müßte“. (Bundestagswahlprogramm)</p>

Die CDU hält an der leistungsbezogenen Rente fest, denn die Rente ist der verdiente Lohn für Lebensleistung. Sie soll ein angemessenes Einkommen auch im Alter gewährleisten, aber der Sozialstaat kann nicht einen beliebig hohen Lebensstandard aus Steuergeldern garantieren. Es bedarf immer auch ergänzender eigenverantwortlicher Vorsorge.

Die Renten werden trotzdem nicht sinken, sie steigen nur langsamer, weil durch die gestiegene Lebenserwartung die Kosten des längeren Rentenbezugs gleichmäßig auf Junge und Alte verteilt werden müssen. Ohne die Rentenreform würde die Belastung der Jüngeren durch steigende Beiträge zunehmen. Hohe Beitragsätze schlagen als Lohnzusatzkosten zu Buche, das schwächt die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen und gefährdet damit Arbeitsplätze.

- Wir brauchen die Rentenreform, damit die Lastenverteilung zwischen Jung und Alt ausgewogen bleibt.
- Wir brauchen die Rentenreform, damit die Beitragsätze sinken und damit neue Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können.
- Wir brauchen die Rentenreform, damit die Solidarität zwischen den Generationen Zukunft hat.

Stichwort: Bildung

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD hält an ihren gescheiterten Bildungskonzepten fest: „Die Gesamtschule ist am besten geeignet, unsere bildungspolitischen Ziele umzusetzen.“ (Grundsatzprogramm) Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat erst kürzlich erneut in einer Studie festgestellt: „Gesamtschulen schneiden dabei besonders schlecht ab: Sie werfen laut Studie ihre Schüler im Vergleich zu Realschülern und Gymnasiasten bis zur zehnten Klasse um zwei Jahre zurück.“ (Neue Rhein-Zeitung, 20. Mai 1998)</p> <p>Die SPD-Bilanz in den Ländern: Streichorgien in den Bildungshaushalten.</p>	<p>Zur Bildungspolitik haben die Grünen nicht viel zu sagen: „Grüne Bildungspolitik setzt Schwerpunkte auch in der Umweltbildung. Sie muß in alle Bildungsbereiche einfließen.“</p> <p>Sie lehnen Studiengebühren ab ebenso wie hochschulinterne Auswahlverfahren. (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS will eine „emanzipatorische, antipatriarchale und antirassistische Jugend- und Bildungspolitik“. Sie spricht sich „für die bevorzugte Förderung von Gesamtschulen aus“ und fordert eine „grundlegende demokratische Schulreform [...] die auf unterschiedliche Bildungsbedürfnisse und Neigungen flexibler reagiert“ und „ohne negativen Leistungsdruck“.</p> <p>Zugleich soll im universitären Bereich der „Pflichtkanon der Studienordnungen reduziert“ und „Prüfungen, die nur Fakten abfragen, eingeschränkt werden“. Daneben soll die Forschungsförderung „nach Kriterien erfolgen, die [...] an der Lösung sozialer und ökologischer Probleme orientiert sind“.</p> <p>Darüber hinaus fordert die PDS „Kontrollmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen (Kuratorien) in bezug auf Haushalt, Struktur, Forschung und Lehre“. (Bundestagswahlprogramm)</p>

Die CDU setzt sich für das bedarfsgerechte dreigliedrige Schulsystem ein. Dieses besteht aus Grund- und Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Diese vermitteln Basis- und Spitzenqualifikationen, die zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind.

Das neue Hochschulrahmengesetz wird für mehr Wettbewerb und Freiheit an unseren Hochschulen sorgen. Wir setzen dabei auf Leistungsorientierung und Qualitätskontrolle statt bürokratischer Detailsteuerung. Wir wollen daher unnötige und wettbewerbsverzerrende Regulierungen im Bundes- und Landesrecht abschaffen.

Die CDU versteht internationale und wettbewerbsfähige Hochschulen als wesentliche Grundlage der Standortsicherung. Förderung von Forschung und Leistungseliten an Universitäten und Fachhochschulen sichert dauerhaft Zukunft.

Stichwort: Energie

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD will „alles unternehmen, um die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden“.</p> <p>Zusätzlich wollen sie die „Belastung des umweltschädlichen Energieverbrauchs“ einführen. (Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Zur Bedarfsdeckung mit Energie will sich die SPD für die „weitere Nutzung der heimischen Kohle einsetzen“. (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die Grünen wollen den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Den Braunkohletagebau lehnen sie ab.</p> <p>Im Rahmen der Steuerreform wollen die Grünen „den Einsatz von Energie verteuern“. (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS will „zwei einschneidende Brüche – für die Energie- und für die Verkehrswende: Übergang zu einer auf Energieeinsparung und Sonnenenergie beruhenden Energiewirtschaft bei Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger und bei schnellstmöglichem Ausstieg aus der Kernenergie“.</p> <p>Für die geforderte „radikale Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Naturbelastung“ sagt die PDS voraus, daß dies „nicht ohne tiefe und historisch kaum vergleichbare gesellschaftliche Umbrüche in Produktions- und Lebensweise aller möglich sein“ werde. (Bundestagswahlprogramm)</p>

Die CDU tritt für eine Energiepolitik ein, die wirtschaftlich, umweltgerecht und zukunftsorientiert ist und die auf Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit beruht. Schon heute produzieren wir immer mehr Produkte mit immer weniger Energie. Wir haben in einem rohstoffarmen Land einen ausgewogenen Energiemix aus fossilen Energieträgern, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und die friedliche Nutzung der Kernenergie sinnvoll miteinander verbunden. Deutschland ist zum Weltmeister der Windenergienutzung geworden, und die Nutzung der Kernenergie trägt in besonderer Weise zum Klimaschutz bei. Im Jahre 1997 wurde allein in Deutschland durch den Betrieb von Kernkraftwerken der Ausstoß von rund 170 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ verhindert. **Die CDU ist der Garant für eine umweltschonende Energieversorgung.**

Stichwort: Familie

SPD	Grüne	PDS
<p>Bei der SPD gerät der Schutz von Ehe und Familie ins Wanken.</p> <p>„Familie wird in vielfältiger Weise gelebt, das staatliche Handeln darf sich deshalb nicht an einer Normvorstellung von Familie orientieren.“ (Dr. Christine Bergmann auf dem Klartext Forum „Miteinander leben in Familie und Gesellschaft“ am 21. 7. 1998)</p>	<p>„Gleichgeschlechtliche Partnerschaften müssen die gleichen Möglichkeiten zur rechtlichen Ausgestaltung ihrer Lebensgemeinschaften haben wie heterosexuelle: Eheschließungsrecht und Öffnung aller Regelungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften.“</p> <p>Die Grünen wollen „für Jugendliche das Recht auf Umgang mit für sie wichtigen Personen verankern, unabhängig vom Verwandtschaftsgrad“.</p> <p>Pflege und Adoptionsmöglichkeiten sollen stärker „das Prinzip der sozialen Elternschaft berücksichtigen“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS tritt nicht für den Schutz von Ehe und Familie ein. Der AK Feministische Politik der PDS-Bundestagsgruppe formulierte, die „patriarchale Bastion Ehe“ solle ihrer „Privilegien beraubt“ werden (Rheinblick 2/98).</p> <p>Statt dessen will die PDS die „gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen und Lebensgemeinschaften“ und fordert neben der „Beseitigung des Ehegattensplittings“, „daß Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in der Gesellschaft geschaffen werden“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>

Für die CDU bleibt das Leitbild die Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Die Ehe und Familie sind unverzichtbare Institutionen, die sich im gesellschaftlichen Wandel bewähren müssen. Die eheliche Lebensgemeinschaft ist heute stärker geprägt vom gleichberechtigten Interesse von Mann und Frau an partnerschaftlicher Lebensgestaltung. Diesem Interesse wollen wir Rechnung tragen. Die Ehe bleibt die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder.

Stichwort: Staatsbürgerschaft

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD fordert als einzige Voraussetzung, „daß die in Deutschland geborenen Kinder von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn schon die Mutter oder der Vater in Deutschland geboren ist“.</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Schröders Schatten-Innenminister Schily äußerte sich zur doppelten Staatsbürgerschaft: „Das bringt den Staat nicht aus dem Lot.“</p> <p>(FAZ, 20. Juli 1998)</p>	<p>Die Grünen wollen in Deutschland geborenen Ausländern bereits dann die deutsche Staatsangehörigkeit geben, „wenn mindestens ein Elternteil hier seinen dauerhaften Lebensmittelpunkt hat“. Sie wollen, daß „das Bodenprinzip gleichberechtigt neben das Abstammungsprinzip tritt“.</p> <p>Darüber hinaus soll auch ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung entstehen: „Nach fünf Jahren müssen hier lebende Ausländer das Recht zur Einbürgerung erhalten. Die Ermessenseinbürgerung muß bereits vorher möglich sein.“</p> <p>Weiter vertreten die Grünen die Auffassung: „Die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft ist längst überrückfällig...“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS fordert, der „völkische Charakter des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts“ müsse „beseitigt“ werden.</p> <p>Sie verlangt nicht nur „einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft und das aktive und passive Wahlrecht für Menschen, die fünf Jahre und länger ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben“, sondern tritt zudem für die Einführung eines „Niederlassungsrechtes“ ein, das „Migrantinnen und Migranten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht [...] unabhängig vom Ehepartner und vom Bestand der Ehe“ bieten soll.</p> <p>Die PDS will offene Türen für alle Ausländer: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland.“</p> <p>(Bundestagswahlprogramm)</p>

Die CDU will keine Einbürgerung unter regelmäßiger Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit. Rechte und Pflichten gehören zusammen.

Die gesellschaftliche Integration stellt Anforderungen an Ausländer und Deutsche. Daher wollen wir für die Zukunft eine umfassende **Reform des Staatsangehörigkeitsrechts**, das Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit enthalten soll. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist aber als Abschluß einer erfolgreichen Integration beabsichtigt. Wer Deutscher werden will, muß grundsätzlich seine alte Staatsangehörigkeit aufgeben. Staatsangehörigkeit zum Nulltarif zählt nichts und ist kein Anreiz zur Integration. Die Beherrschung der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz sind die wichtigsten Einbürgerungsvoraussetzungen.

Stichwort: Transrapid

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD steht moderner Verkehrstechnologie im Wege. In einem Beschluß (I 156) des SPD-Bundesparteitages in Hannover vom 2. bis 4. 12. 1997 heißt es: „Die SPD lehnt das Projekt einer Transrapid-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin ab.“</p>	<p>Die Grünen lehnen den Bau des Transrapid rigoros ab. In ihrem Wahlprogramm heißt es: „Verkehrspolitisch sinnlos ist der Bau einer Transrapid-Strecke Hamburg–Berlin“</p>	<p>Die PDS ist gleichfalls gegen den Transrapid – und zwar grundsätzlich. In ihrem Bundestagswahlprogramm fordert die PDS ausdrücklich „einschneidende Brüche“ in der Energie- und Verkehrspolitik: Es sollten nur noch „sinnvolle Bedürfnisse sparsam“ befriedigt werden.</p>

Der CDU geht es darum, nach neuen Chancen für Wachstum und Beschäftigung zu suchen, neue Zukunftsmärkte zu erschließen und dabei neue Strategien und Technologien konsequent anzuwenden. Die Entwicklung und praktische Anwendung der Magnetschwebbahn Transrapid ist ein herausragendes Beispiel modernster europäischer Technologie, das in der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik eindrucksvoll den Weg der Zukunft weist.

Besonders in Ländern mit einem hohen Lohnniveau wie der Bundesrepublik Deutschland können sich neue Beschäftigungsfelder nur erschließen, wenn innovative und zukunftsorientierte Technologien so schnell wie möglich in neue Produkte umgesetzt werden.

Stichwort: Ausbildungsplatzabgabe

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD tritt für eine Ausbildungsplatzabgabe ein. Für den Fall, daß Wirtschaft und öffentlicher Dienst kein ausreichendes Lehrstellenangebot zur Verfügung stellen, „wird auf gesetzlicher Grundlage ein fairer, bundesweiter Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben notwendig“. (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Mit einer Ausbildungsplatzabgabe wollen die Grünen Unternehmen bestrafen, die nicht ausbilden und fordern eine Umlagefinanzierung. Darüber hinaus wollen sie „ein Recht auf Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierungsmaßnahmen nach spätestens sechs Monaten“, also eine Übernahmegarantie. Eine Beschäftigungsgarantie soll dafür sorgen, „daß Auszubildende im erlernten Beruf für mindestens ein Jahr beschäftigt werden“. (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Nach staatssozialistischem Vorbild strebt die PDS nicht nur eine „Ausbildungsplatz-Umlagefinanzierung“ an, sie will sogar im Grundgesetz das „Recht auf einen Ausbildungsplatz“ festschreiben und tritt zusätzlich für die „Durchsetzung gesetzlicher Regelungen und finanzieller Förderung zur Gewährleistung einer Übernahme der Auszubildenden“ ein. (Bundestagswahlprogramm und „Rostocker Manifest“)</p>

Die CDU dagegen setzt auf die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Eine Ausbildungsabgabe belastet auch die Betriebe, die mangels Berufsausbildern oder geeigneter Bewerber nicht ausbilden können. Sie erhöht die Lohnnebenkosten und leitet Ausbildung am Markt vorbei.

Eine Ausbildungsplatzabgabe ist vor allem ein Beschäftigungsprogramm für Funktionäre. Sie ersetzt systemwidrig das duale System durch ein staatlich reguliertes System. Die Bundesregierung hat bereits im September 1997 ein deutliches Signal zur Förderung der betrieblichen Ausbildungsbe-reitschaft gegeben. Sie hat die Möglichkeit geschaffen, Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes zu bevorzugen.

Stichwort: Vermögensteuer

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD spricht sich für die Einführung einer Mindestbesteuerung sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf hohe private Vermögen aus. (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die Grünen wollen die Vermögensteuer in Höhe von einem Prozent wieder einführen. Darüber hinaus wollen sie „Abgaben für Vermögen über zwei Millionen Mark (nach Abzug von Privatvermögen) nach einem progressiven Tarif bis zu 2,5% erheben.“ (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS stellt gleich einen ganzen Katalog zusätzlicher Steuern und Abgaben auf: Sie fordert die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer bei veränderter Bemessungsgrundlage, die „Reform“ der Erbschaftsteuer für „ca. 15 Milliarden DM Mehreinnahmen“, eine „befristete Abgabe auf größere Geld- und Grundvermögen privater Haushalte“ sowie eine „Vermögensabgabe für Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute“. („Rostocker Manifest“)</p>

Die CDU hält die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Privatvermögen für falsch. Ihre Erhebung war sehr bürokratisch und aufwendig, so daß nur ein geringer Nettoertrag erwirtschaftet wurde. Zur Steuervereinfachung wurde die Vermögenssteuer mit der Erbschaft- und Schenkungssteuer zusammengefaßt. Eine erneute Einführung würde die mit ihrem Wegfall verbundene Steuervereinfachung wieder zunichte machen und könnte zu einer Doppelbesteuerung durch die Erbschaft- und Vermögenssteuer führen. Daher wäre sie auch verfassungsrechtlich bedenklich.

Stichwort: Drogen

SPD	Grüne	PDS
<p>Die SPD kündigt in ihrem Bundestagswahlprogramm „neue Wege in der Drogenpolitik“ an. Gemeint ist damit u. a. die kontrollierte Abgabe von Drogen, wie Schröder bestätigte. Er erklärte in einem Interview, „... um jemanden drogenfrei zu machen, kann es sinnvoll sein, einen Süchtigen mit Drogen zu versorgen.“ (Nordwest-Zeitung, 17. 4. 98)</p>	<p>Die Grünen „fordern eine ehrliche und vorurteilsfreie Prävention und pragmatische Drogenhilfen wie Therapie, Sprizentausch, eine Ausweitung der Methadon- und die Sicherung der Codeinbehandlung, Räume zum risikominimierten Drogenkonsum und die ärztlich kontrollierte Drogenabgabe für langfristig Abhängige.“ (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Auch die PDS tritt für eine „Entkriminalisierung des Drogengebrauchs“ ein und will entsprechende „Initiativen“ unterstützen. Drogen sollten „ärztlich kontrolliert abgegeben werden“, um „Drogenhandel, Beschaffungskriminalität und Prostitution wirksam [zu] bekämpfen“. (Bundestagswahlprogramm)</p>

Der Leitsatz muß lauten: Wehret den Anfängen! Eine wirksame Vorbeugung des Drogenmißbrauchs ist nur möglich, wenn das Ausmaß des Drogenproblems und die davon ausgehende Gefahr für jeden einzelnen nicht verharmlost wird. Die Forderung nach Freigabe von sog. „weichen Drogen“ lehnt die CDU entschieden ab. Wir werden an unserer Drogenpolitik festhalten: Gezieltes Vorbeugen, konsequente Strafverfolgung und Hilfe für Abhängige. **Eine Abgabe von Haschisch in Apotheken oder Heroin durch den Staat werden wir nicht zulassen.**

Die CDU tritt deshalb dafür ein, nicht die resignative Flucht in die „Legalisierung“ anzutreten, sondern den Kampf gegen die Drogen, gegen die Drogenbosse und -kartelle noch konsequenter und systematischer zu führen. Die Strafen für Großdealer und Rauschgiftbosse, für Hintermänner und Drahtzieher werden wir verschärfen.

Stichwort: Kriminalität

SPD	Grüne	PDS
<p>„1. Das Strafmündigkeitsalter wird nicht vom 14. Lebensjahr auf das 12. Lebensjahr gesenkt.</p> <p>2. Für die Heranwachsenden bleibt die Vorgabe des § 105 Jugendgerichtsgesetz erhalten, daß sie weiterhin wie Jugendliche verurteilt werden können, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind . . .“ (aus dem Beschluß I 244, SPD-Bundesparteitag Hannover, 2. 4. 12. 97)</p> <p>Die SPD verweigert sich der entschlossenen Bekämpfung der Kriminalität: „Das Strafrecht kann nicht die Ursachen von Kriminalität beseitigen.“ (Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Was dieser Satz bedeutet, hat Hertha Däubler-Gmelin deutlich gemacht: „Wir werden überall da, wo das sinnvoll ist, auf Entkriminalisierung drängen.“ (Zeitschrift für Recht und Politik, Nr. 4, 1995)</p>	<p>Die Jugendkriminalität kommt als solche im Programm der Grünen nicht vor. Kriminelle Jugendliche gelten als Opfer der Gesellschaft, daher fordern die Grünen: „Präventionsarbeit gegen Gewaltdelikte muß auch in der Schule und Bildungsarbeit stattfinden. Dabei ist das Augenmerk auf die Gruppe der jungen Männer zu legen, da diese vorwiegend Täter und Opfer von Gewaltkriminalität sind.“ (Bundestagswahlprogramm)</p> <p>Auch die Grünen setzen auf Entkriminalisierung: „In Bagatellbereichen, z. B. bei Ladendiebstahl oder schwarzfahren, setzen wir auf den Vorrang von Schadenswiedergutmachung vor Strafe . . . Die Grünen werden einer Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters und der regelmäßigen Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Personen zwischen 18. bis 21. Lebensjahr nicht zustimmen.“ (Bundestagswahlprogramm)</p>	<p>Die PDS behauptet, „Gewalt erzeugende gesellschaftliche Strukturen“ seien die Hauptsache für Kriminalität. Dem entsprechend verurteilt die PDS „entschieden den Mißbrauch des Gewaltmonopols durch den Staat“.</p> <p>Sie setzt sich für Entkriminalisierung der Akte passiven Widerstands wie Demonstrationen, Blockaden, individuelle und kollektive Gehorsamsverweigerung, politische Streiks ein und fordert darüber hinaus eine „Demokratisierung der Strafrechtspolitik“, indem „Delikte mit geringem Sachschaden außerhalb des Strafrechts gehandelt werden“ sollen.</p> <p>Die PDS ist für die „Einführung von Polizeibeauftragten mit weitreichenden Kontrollbefugnissen gegenüber polizeilichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen“. (Bundestagswahlprogramm)</p>

Für die CDU gilt: Wir werden Kriminalität und Gewaltbereitschaft entschlossen entgegentreten. Die CDU will keine Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum, Schmierereien und Vandalismus. Wer der Entkriminalisierung sog. „Bagatelldelikte“ das Wort redet, der senkt Hemmschwellen, ermutigt Rechtsbrecher und entmutigt gesetzestreue Bürger. Am Ende steht nicht weniger, sondern mehr Kriminalität. Am Ende stehen Gewalt und Schwerverbrechen. Wir wollen eine konsequente Verfolgung aller Rechtsverstöße. Für uns gilt: **Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt.**